



## HOCHSTEUER LAND

Die Kosten für den Faktor  
Arbeit steigen in Österreich –  
mit fatalen Folgen

Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M  
Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



**HALBLEITER**  
Der Chips Act der EU  
setzt wichtige Akzente

Seite 2



**WELTRAUM**  
TTTech-CEO über Chancen  
für Unternehmen

Seite 8



**WIEN**  
Wissenschaft und Politik bei der  
Vorstandssitzung der IV-Wien

Seite 12

# Saudi-Arabiens Transformation als Chance für Österreichs Industrie

Das ambitionierte Reformprogramm Saudi-Arabiens sieht Zukunftsprojekte der Superlative vor und bietet ausländischen Unternehmen spannende Chancen.

Saudi-Arabien hat eine geostrategisch wichtige Position zwischen drei Kontinenten und ist der weltweit größte Exporteur von Rohöl. Lange galt das Land als eines der am stärksten abgeschotteten, doch seit einigen Jahren ändert sich das rasant. Das islamisch geprägte Land mit seinen rund 35 Millionen Einwohnern öffnet sich der Welt und setzt sowohl gesellschaftlich als auch ökonomisch auf Wandel. Bis 2030 soll beispielsweise der Frauenanteil unter den Berufstätigen auf 30 Prozent steigen. Das ist nur ein Punkt in dem ambitionierten Reformprogramm, das sich der junge Kronprinz und Premierminister Mohammed bin Salman unter dem Titel „Vision 2030“ für das Land vorgenommen hat. Das Programm sieht Investitionen von mehr als drei Billionen Dollar vor und hat das Ziel, sich aus der Abhängigkeit von Rohöl zu lösen. Teil der Vision sind Bau- und Infrastrukturprojekte der Superlative, die auch für ausländische Investoren Chancen bieten.

Bei einigen dieser Projekte sind österreichische Unternehmen bereits involviert. Im vergangenen Jahr hat sich das Handelsvolumen zwischen Saudi-Arabien und Österreich auf 660 Millionen Euro beinahe verdoppelt.

## Hub für den Nahen Osten

Die beiden Länder teilen Herausforderungen in der grünen Transformation, aber auch im Fachkräftemangel und arbeiten derzeit an einem Abkommen zur dualen Ausbildung. Eines der 400 österreichischen Unternehmen, die in Saudi-Arabien aktiv sind, ist der oberösterreichische Feuerwehrfahrzeughersteller Rosenbauer. Vertriebsvorstand Andreas Zeller empfiehlt im Rahmen eines IV-Round-Tables Saudi-Arabien als Hub für die gesamte Region im Nahen Osten und rät dazu, direkt vor Ort zu investieren. Vorteile seien die junge Bevölkerung, spannende Projekte, die gute internationale Anbindung und die Infrastruktur, die derzeit massiv ausgebaut wird. Für Investitionen bieten sich

ausgewiesene „economic areas“ und die „Gigaprojekte“ an. Dazu zählt etwa Neom, eine Millionenmetropole, die mitten in der Wüste entstehen und keine CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen soll. Spannende Investitionschancen bietet Saudi-Arabien in den Bereichen erneuerbarer Energie, im Gesundheits-

wesen, Infrastruktur, aber auch im Tourismus, erklärte der zuständige Sektionsleiter im Wirtschaftsministerium, Florian Fruscher beim Roundtable. Als Touchpoint für ausländische Unternehmen hat Saudi-Arabien ein eigenes „Invest Saudi“-Onlineportal mit allen Projekten und Kontakten eingerichtet.



# Europäischer Verteidigungsfonds - Ausschreibungen 2023 gestartet

Die Ausschreibung zur Förderung von F & E im Verteidigungsbereich ist seit 15. Juni geöffnet. 2023 stehen 1,2 Mrd. Euro bereit.

Der Europäische Verteidigungsfonds (European Defence Fund EDF) ist das Instrument der Europäischen Kommission zur Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich. Er zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und Innovationsfähigkeit der europäi-

schen Verteidigungsindustrie zu fördern. Die Verstärkung der europäischen, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit steht im Vordergrund.

Für das gesamte Programm mit einer Laufzeit von sieben Jahren (2021 - 2027) stehen insgesamt rund 7,9 Mrd. Euro zur Verfügung. Die einzelnen Arbeitsprogramme

werden jährlich ausgeschrieben. Die aktuellen Ausschreibungen für 2023 sind von 15. Juni bis 22. November 2023 auf dem Funding and Tender Portal der Europäischen Kommission geöffnet. Die EU-Kommission stellt für das dritte Arbeitsprogramm 1,2 Mrd. Euro im Rahmen des EDF bereit – davon 343 Mio. Euro für Forschung und 836 Mio. Euro für Entwicklung.

## WEBTIPP

Funding and Tender Portal:



# Chips Act der EU setzt wichtige Akzente, bleibt aber hinter Erwartungen

Der Text für ein europäisches Halbleiter-Gesetz ist nach zähen Verhandlungen fertig und könnte bereits in der zweiten Jahreshälfte in Kraft treten.

Im Februar 2022 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für ein europäisches Halbleiter-Gesetz vorgestellt. Nun gibt es, nach zähen Verhandlungen zwischen den Ko-Gesetzgebern, einen finalen Text. Im Mittelpunkt der Initiative steht das Ziel, den Marktanteil der in Europa produzierten Chips bis 2030 auf 20 Prozent zu verdoppeln. Dafür sollen unter anderem wettbewerbsrechtliche Bestimmungen gelockert und Mittel zur Förderung für Forschung, Entwicklung und Produktion von Halbleitern zur Verfügung gestellt werden.

Forderungen der Industrie, wie etwa die Ausweitung des Anwendungsbereichs, um Förderungen nicht nur für kleinste Chips, sondern auch das erweiterte Halbleiter-Ökosystem möglich zu machen, wurden angenommen. Auch der Fokus auf die Aus-

und Weiterbildung von Fachkräften in sogenannten Kompetenzzentren kann positiv hervorgehoben werden.

## Finanzierungsfrage

Betont werden muss, dass die Summe an zur Verfügung gestellten EU-Mitteln in Höhe von 3,3 Mrd. Euro, weit hinter jener anderer Staaten, wie etwa Südkorea, China oder den USA liegt. Daher sind nun die nationalen Ko-Finanzierungen von F&E- sowie Investitionsprojekten gefordert. Klar ist, dass entsprechende budgetäre Möglichkeiten bei den Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Ausmaß vorhanden sind. Ein angemessener Ausgleich für die Finanzierungsstärke der großen Mitgliedstaaten wurde trotz Unterstützung seitens Europäischem Parlament in den Verhandlungen mit dem Rat nicht erreicht. Mit einem Inkrafttreten des Gesetzes kann in der zweiten Hälfte dieses Jahres

gerechnet werden und obwohl es richtige und wichtige Akzente für ein zukunfts-

sicheres Europa setzt, bleibt es jedenfalls hinter den Erwartungen zurück.



WEBTIPP: IV-Vizepräsidentin und Infineon-Austria-CEO Sabine Herlitschka im „Industry Talk“ der IV über den Chips Act (<https://youtu.be/PbeeXnltBnE>)

# Die Abschaffung der kalten Progression wieder zur Debatte stellen – echt jetzt?

Die auch nur teilweise Rücknahme des größten steuerpolitischen Meilensteins der vergangenen Jahrzehnte, wie vom IHS-Chef vorgeschlagen, wäre kein geeigneter Ausgleich für die Entlastungs-Gießkanne.



Das die Steuerpolitik in Österreich mitunter seltsame Blüten treibt, ist man ja schon fast gewohnt. Manche Ideen schaffen es dennoch, einen in Erstaunen zu versetzen. So etwa der Vorschlag des neuen IHS-Chefs Holger Bonin, die kalte Progression teilweise wieder einzuführen. Zur Erinnerung: Die Abschaffung der kalten Progression ist ein Meilenstein in der österreichischen Wirtschaftspolitik, die seit Jahrzehnten – mit Nachdruck auch von der IV – gefordert wurde und vergangenes Jahr – positiv überraschend – von der schwarz-grünen Regierung umgesetzt wurde. Die Lohnstufen wurden bisher nur unregelmäßig und verspätet im Rahmen von Steuerreformen an die Inflation angepasst, wobei oftmals nur einzelne Stufen abgeändert wurden. Dies führte dazu, dass sich die durchschnittliche Steuerbelastung eines Arbeitnehmers mit jedem Lohnabschluss stetig erhöhte. Einfach ausgedrückt: wer mehr verdiente, konnte sich deshalb nicht immer auch mehr leisten.

Das bescherte dem Fiskus jährlich einen satten Zuverdienst, der nicht zu Unrecht als versteckte Steuer wahrgenommen wurde. Bonin schlägt also jetzt vor, die Inflation durch eine temporäre

Wiedereinführung der kalten Progression bei höheren Lohnstufen zu bekämpfen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Der Staat verteilt gießkannenartig Entlastungsmaßnahmen und

**Brauchen klare Vorschläge, wie wir aus dem Inflationsschlamassel wieder herauskommen.**

sorgt so dafür, dass die Inflation in Österreich vergleichsweise hoch bleibt. Das soll jetzt durch die Wiedereinführung einer verdeckten Steuererhöhung quasi heimlich korrigiert werden. Die so entstehende Belastung könnte man dann mit einem zeitlichen Abstand wieder über eine „historisch große Steuerreform“ zurückgeben. Statt Steuereinnahmen hin und her zu schieben, stünde es der Wirtschaftswissenschaft

gut an, klare Vorschläge zu machen, wie wir aus dem Inflationsschlamassel wieder herauskommen.

Ein nicht unwichtiges Detail sollte man in dieser Debatte auch nicht vergessen: Die Regierung hat sich bei der Abschaffung der kalten Progression ohnehin eine „Hintertür“ offengelassen. Ein Drittel des Entlastungsvolumens kann bereits jetzt politisch für sinnvolle Zwecke vergeben werden – die Abschaffung kommt nur zu zwei Drittel direkt beim Steuerzahler an. Das bedeutet, dass die Regierung heuer immerhin über 600 Millionen Euro, die dieses Drittel ausmachen, frei entscheiden kann. Statt über die Wiedereinführung einer versteckten, automatischen Steuererhöhung zu diskutieren, sollten wir uns der Ausgabenseite widmen. Etwa dem Pensionssystem, dessen Reform auch das Zeug hätte, unausgeschöpfte Potenziale am Arbeitsmarkt zu heben, die die heimische Industrie gerade dringend benötigt.

Ihr

Christoph Neumayer,  
IV-Generalsekretär

IV-MEINUNG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 5. Juni war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: [www.iv.at](http://www.iv.at)

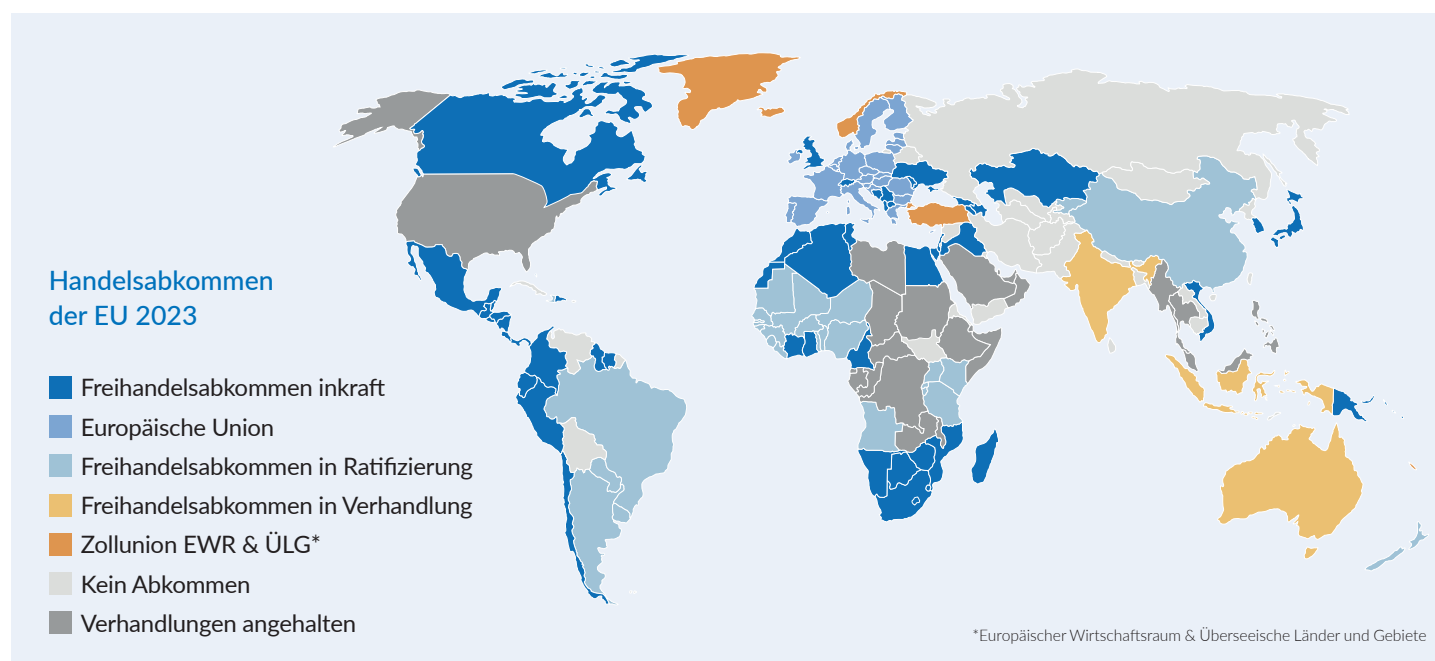
## AKTUELLES IN KÜRZE

### GRAFIK DES MONATS

Die EU hat bereits 48 Handelsabkommen mit insgesamt 78 Staaten. Diese Abkommen zeigen, wie stark die Effekte solcher Partnerschaften sind: Zehn Jahre Handelspakt zwischen EU und Korea haben dem bilateralen Handel von 2011 bis 2021 ein Plus von 71 Prozent beschert. Österreichische Exporte nach Korea sind seit Inkrafttreten

bis 2022 sogar um 147,3 Prozent gestiegen. Durch die Anwendung des Handelsabkommens mit Kanada (CETA) sind die EU-Exporte nach Kanada seit 2017 um 26 Prozent gestiegen. Das hat laut EU-Kommission zu einer Schaffung von 70.000 Arbeitsplätzen in der EU geführt. Österreichische Exporte nach Kanada sind durch CETA seit

2017 um 47,8 Prozent gestiegen. Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Herausforderungen gilt es umso mehr, die Beziehungen zu dynamischen Wirtschaftsräumen zu stärken. Mercosur wäre hierfür eine wesentliche Chance und durch vorhandene Rohstoffe auch für die grüne Transformation von Bedeutung.



### ZAHL DES MONATS

**32 Tage**

Die Lehre ist ein Karriereturbo. Der Berufseinstieg gelingt in Österreich unter allen Bildungsabschlüssen nach einer Lehre am schnellsten. Lehrlinge beginnen durchschnittlich 32 Tage nach Abschluss der Ausbildung ihre erste Erwerbstätigkeit. Das zeigen aktuelle Zahlen der Statistik Austria. Nach der BHS gelingt der Berufseinstieg demnach 119 Tage nach dem Abschluss. Für Personen, die höchstens die Pflichtschule abgeschlossen haben, dauert es mit 234 Tagen bis zur ersten Erwerbstätigkeit am längsten. Die Gruppe der Menschen mit Lehrabschluss weist zudem mit 3,5 Prozent – nach der Gruppe mit Hochschulabschluss – die niedrigste Arbeitslosenquote auf. Um die Lehre zu stärken, braucht es aus Sicht der IV eine deutlich verbesserte Bildungs- und Berufsorientierung an Schulen, einen strukturierten Einstieg in die 9. Schulstufe und verbesserte Anschlussstellen an den Hochschulbereich (Lehre mit und nach Matura).

## EXPERTENMEINUNG

## Neue Karrierewege für Lehrerinnen und Lehrer schaffen

Aus IV-Sicht braucht es ein attraktiveres Berufsbild für Pädagoginnen und Pädagogen inklusive individueller Personalentwicklung samt passgenauer Fort- und Weiterbildung.



Johannes Sokopp, Experte im IV-Fachbereich Bildung & Gesellschaft

Die Situation rund um den Lehrermangel in Österreich verschärft sich zunehmend. Bis 2027 werden in Österreich mehr als 20.000 Lehrerinnen und Lehrer in Pension gehen. Zu wenig junge Menschen entscheiden sich aktuell, diesen Beruf zu ergreifen. Die Gründe dafür sind mannigfaltig: ein mitunter schlechtes Berufsbild in der öffentlichen Wahrnehmung, herausfordernde Arbeitsbedingungen in einem stark reglementierten System.

Ein weiterer Grund ist, dass es kaum Karrieremöglichkeiten gibt. Lehrerinnen und Lehrer begeben sich häufig schon im Lehramtsstudium in eine berufliche Sackgasse.

Denn der Berufsweg ist relativ klar vorgegeben. Ein guter Hebel, um das Berufsbild zu attraktivieren, wäre es daher, Karrierewege zu ermöglichen.

In großen Schulen könnten beispielsweise verschiedene Bereiche für mehrere Teams geschaffen werden, wodurch neue Verantwortlichkeiten entstehen und ein „Mittleres Management“ eingezogen würde. Lehrkräfte könnten in dieser Logik nach Fachrichtung und Aufgaben in Teams – inklusive Teamleitung – aufgeteilt werden. So ließen sich Karrierewege eröffnen, die verschiedene Ausprägungen haben könnten.

Zudem haben auch Lehrerinnen und Lehrer Anspruch auf ein berufliches Umfeld, in

dem sie individuell in ihrer professionellen Weiterentwicklung begleitet werden. Dieser Anspruch wird heute nicht ausreichend eingelöst. Wenn wir das System Schule als lernende Organisation begreifen, bedingt das auch ein neues Professionsverständnis für die Funktion und Rolle der Schulleitung. Diese hat umfassende Führungsverantwortung und muss über Managementkompetenzen verfügen.

Die IV setzt sich daher dafür ein, dass auch in der Schule Einzug hält, was in den allermeisten Unternehmen bereits seit langer Zeit gelebte Realität ist: Individuelle Personalentwicklung inklusive passender Fort- und Weiterbildungen sowie die Eröffnung beruflicher Karrieremöglichkeiten.

## Messe vernetzt Unternehmen mit wechselwilligen Talenten

Im November findet in Wien eine Jobmesse statt, die tausenden Wechselwilligen potenzielle neue Arbeitgeber vorstellt. Organisator Bernhard Ehrlich im Interview.



Sie laden im Herbst zu einer Jobmesse, bei der Wechselwillige im Fokus stehen. Angesichts der angespannten Lage am Arbeitsmarkt weckt das bestimmt großes Interesse.

**Wie hoch schätzen Sie den Anteil an wechselwilligen Berufstätigen ein?**

Ehrlich: Die Wechselwilligkeit kommt meist mit einem gewissen Leidensdruck im Job – sei es durch die aktuelle Inflation, die finanzielle wie auch immaterielle Vorteile noch wichtiger macht oder andere Gründe wie z.B. fehlende Wertschätzung. Aus aktuellen Studien wissen wir, dass etwa ein Drittel der unselbstständig Beschäftigten wechselwillig ist – Tendenz steigend. Das bedeutet, dass sich von rund 870.000 unselbstständig Beschäftigten allein in Wien knapp 300.000 Menschen neu orientieren wollen. Und mit unserem Event aktivieren wir konkret 5.000 davon über unsere Kanäle.

**Wie überzeugen Sie die Wechselwilligen zu kommen? Besteht nicht die Sorge, auf der Jobmesse den aktuellen Arbeitgeber zu treffen?**

Arbeitnehmer erwartet ein Rahmen, der genügend Privatsphäre bietet. Abgeschirmte Wohlfühl-Lounges sorgen für eine gemütliche, aber auch private Atmosphäre, die sich deutlich von einer klassischen Messeszenarie unterscheidet. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich – jeder, der möchte, kommt vorbei und kann sich vor Ort niederschwellig über Jobperspektiven informieren. Besuchende erhalten zu Beginn auch einen Hallenplan, der jedes Unternehmen und dessen Lage ersichtlich macht. Auf rund 8.000 m<sup>2</sup> Fläche ist genügend Platz vorhanden, um sich bewusst aus dem Weg zu gehen.

**Wie läuft die Messe für Unternehmen ab?**

Zu betonen ist, dass es nicht darum geht, dass sich Firmen Talente vor der Nase abwerben, sondern darum, ein Format für Wechselwillige

bereitzustellen, das sie mit Arbeitgebern vernetzt, die ohnehin auf der Suche nach Personal sind. Das Event wurde als gemütliche Afterwork-Veranstaltung konzipiert, sodass Interessierte unkompliziert nach der Arbeit vorbeikommen und sich bei den gewünschten Arbeitgebern zwanglos bei kostenlosen Softdrinks und Snacks über neue Perspektiven informieren können. Alle Arbeitgeber treten vor Ort in gleich großen Lounges auf.

### EVENT-TIPP

10.000 Chancen  
JOB CHANGER Afterwork-Event  
für berufliche Neuorientierung  
21. November 2023, Marx Halle, Wien  
14 bis 21 Uhr. [www.jobchanger.at](http://www.jobchanger.at)

## „Refugee Talents“: Geflüchtete als Mitarbeiter gewinnen

Die Industriellenvereinigung hat an einem Leitfaden mitgewirkt, der Unternehmen bei Onboarding und Integration geflüchteter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt.

Der Arbeits- und Fachkräftemangel ist derzeit eine der zentralen Herausforderungen für Österreichs Betriebe. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist der heimische Arbeitsmarkt auf Zuwanderung angewiesen. Es geht einerseits darum, Österreich für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland attraktiver zu machen. Andererseits geht es um die nachhaltige Integration von Geflüchteten am Arbeitsmarkt und deren praxisnahe Berufsausbildung. Die Beschäftigung von geflüchteten Menschen hat auch für Betriebe Vorteile, da sie im Sinne der Vielfalt neue Perspektiven einbringen und häufig eine höhere Betriebstreue zeigen

– Mehrsprachigkeit fördert zudem kreatives, innovatives Denken und Flexibilität.

### Vom Recruiting bis zur Sprache

Ein Leitfaden, der unter dem Titel „Refugee Talents“ von der WU Wien in Zusammenarbeit mit IV und WKO erarbeitet wurde, unterstützt Unternehmen nun beim Recruiting, Onboarding und bei der Beschäftigung geflüchteter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei geht es beispielsweise um die Frage, wie bzw. wo Unternehmen arbeitssuchende Flüchtlinge finden. Neben dem AMS spielen dabei Vereine eine zentrale Rolle. Der Leitfaden bietet neben praxisnahen Tipps auch eine Liste entsprechender Plattformen, die sich für eine

Kooperation anbieten. Daneben enthält „Refugee Talents“ praktische Hinweise zum Onboarding und für den Umgang mit kulturellen Unterschieden und sprachlichen Barrieren.



### EVENT-TIPP

Präsentation „Refugee Talents“  
mit Podiumsdiskussion  
27. Juni 2023, ab 18:30  
ÖBB Infrastruktur  
1020 Wien, Lassallestraße 5,  
EG, Bahn Bistro.  
Anmeldung:



# “Wir stellen die Weichen für die digitale Zukunft Österreichs”

Staatssekretär Florian Tursky im Interview über den Digital Austria Act, den Fachkräftemangel im IT-Bereich und Rahmenbedingungen für den Einsatz Künstlicher Intelligenz.

**Als Staatssekretär haben Sie sich zum Ziel gesetzt, Österreich unter die Top-5-Digitalnationen in Europa zu führen. Welche Maßnahmen planen Sie, um dieses Ziel zu erreichen?**

Tursky: Erst kürzlich haben wir als Bundesregierung den Digital Austria Act mit 117 Maßnahmen und 36 Grundsätzen vorgestellt. Mit diesem stellen wir die Weichen für die digitale Zukunft Österreichs. Die Schwerpunkte des Digital Austria Act sind ressortübergreifend und betreffen alle Lebensbereiche der Menschen. Mit diesen Maßnahmen wird es uns gelingen, in den nächsten Jahren zu den Top-5 Digitalnationen der Europäischen Union vorzustoßen, denn nur durch den Ausbau leistungsstarker Infrastruktur und die gezielte Weiterentwicklung moderner Verwaltungsservices und dem Ausbau digitaler Kompetenzen können wir das Beste für unser Land herausholen.

Besonders wichtig sind auch die digitalen Kompetenzen der Bevölkerung, denn nur mit ausreichenden Digitalkompetenzen können die Chancen der digitalen Transformation auch genutzt werden. Mit der digitalen Kompetenzoffensive ist bereits ein nationaler Kraftakt für den Ausbau der digitalen Fähigkeiten gelungen, an dem Bund,

Länder und Sozialpartner mitwirken. Auch beim 5G-Ausbau tragen die massiven Investitionen und Anstrengungen der letzten Jahre Früchte: Mittlerweile verfügen beinahe 100 Prozent der Haushalte über eine 4G und 95 Prozent über eine 5G-Abdeckung. Damit sind wir auch international gesehen sehr gut unterwegs und können unserer Industrie schnelles Internet für eine optimale Wettbewerbsfähigkeit anbieten.

**Im Bereich der Künstlichen Intelligenz erleben wir aktuell einen regelrechten Boom. Wie kann die österreichische Industrie davon profitieren?**

Künstliche Intelligenz hat sich in den letzten Jahren als eine der Schlüsseltechnologien und Antriebskraft der fortschreitenden Digitalisierung herauskristallisiert. Künstliche Intelligenzen können Produktivitätssteigerungen, Prozessoptimierungen oder Innovationen in Form von neuen Produkten und Diensten über alle Branchen und Wirtschaftszweige hinweg befördern. Es ist wichtig, das erforderliche Fachwissen und die entsprechenden Kompetenzen zu fördern, um die Vorteile, die diese Technologie mit sich bringt, nutzen zu können. Der Mangel an Know-how und Rechtssicherheit ist eine der größten Herausforderungen bei

der Implementierung von KI in Unternehmen. Insbesondere KMUs brauchen rechtliche Klarheit, um ihre Innovationskraft entfalten zu können. Dies haben wir ebenfalls im Digital Austria Act verankert.

**Die Anwendung von KI-Lösungen birgt auch Risiken. Welche rechtlichen Rahmenbedingungen braucht es, um diese zu minimieren?**

Künstliche Intelligenz muss in einen ethischen und rechtlichen Rahmen eingebettet sein und sich am Wohl der Menschen orientieren. Mit dem Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission zur Regulierung von hochriskanten KI-Systemen, dem sogenannten AI Act, ist ein erster Schritt zu einem klaren, aber flexiblen Rechtsrahmen für KI geschaffen worden. Er soll Innovationen fördern und gleichzeitig ein hohes Maß an Schutz und Sicherheit gewährleisten. Der AI Act zielt darauf ab, klare Regeln für den Einsatz von KI in der EU festzulegen, um sicherzustellen, dass diese Technologie sicher eingesetzt wird und der Mensch im Mittelpunkt steht. Im Mai 2023 haben sich nun die zuständigen Ausschüsse im Europäischen Parlament auf die Änderungsvorschläge zum AI Act geeinigt, damit ist der Weg für die Abstimmung im EU-Parlament Mitte Juni frei. Auf nationaler

Ebene wurde bereits mit den Vorbereitungen zur Umsetzung des AI Acts begonnen.

**Drei Viertel der Industrieunternehmen leiden unter einem Fachkräftemangel im IT- und Digitalisierungsbereich. Wie kann die digitale Kompetenzoffensive der Bundesregierung Abhilfe schaffen?**

In einem bundesweiten Dialog eine Strategie für digitale Kompetenzen erarbeitet, die noch im Juni 2023 präsentiert wird. Ein wesentlicher Schwerpunkt waren neben der Steigerung der Basiskompetenzen natürlich auch die Erhöhung der IT-Fachkräfte. Das Thema ist sehr vielschichtig: es reicht von Fragen der Ausbildung und Talentförderung über Berufsorientierung bis zu den rechtlichen Rahmenbedingungen beispielsweise bei Fachkräften aus dem Ausland. Dazu erheben wir aktuell in einer Studie mit der Universität für Weiterbildung Krems die Wirksamkeit von aktuellen Programmen und Maßnahmen in diesem Bereich. Daraus wollen wir entsprechende Rückschlüsse ableiten, wo wir ansetzen müssen. Wir planen dazu die Ausarbeitung eines Schwerpunktprogramms, wo wir alle relevanten Beteiligten zur Mitwirkung einladen werden – selbstverständlich auch die IV als wesentlichen Player in diesem Bereich.



## Digital Austria Act – Arbeitsprogramm für digitalisierungsfittes Österreich präsentiert

Die Regierung plant eine stärkere Förderung von digitalen Schlüsseltechnologien und eine digitale Kompetenzoffensive.

Mit dem Digital Austria Act zielt die Bundesregierung darauf ab, die digitale Transformation in Österreich zu beschleunigen. Das 117 Maßnahmen und 36 Grundsätze umfassende Paket adressiert dafür breite Digitalisierungsthemen - vom Ausbau von E-Government, über die Stärkung von digitalen Infrastrukturen, bis zur Forcierung digitaler Innovation und digitaler Kompetenzen. Hervorzuheben ist das enthaltene Bekenntnis zur Förde-

rung von digitalen Schlüsseltechnologien. Die Regierung plant etwa die Ausweitung von Förderungen für KI-Grundlagenforschung sowie die Stärkung der angewandten Forschung, ebenso wie den Aufbau eines KI-Ökosystems aus Unternehmen, Wissenschaft und Forschung voranzutreiben - was einer langjährigen IV-Forderung entspricht. Zudem sollen auch Schlüsseltechnologien in den Bereichen Chips/Halbleiter, Weltraum und Quanten stärker gefördert werden. Gerade im Wettlauf um Technologieführer-

schaft ist die aktive Beteiligung Österreichs an europäischen und internationalen Initiativen, wie dem EU-Chips Act, aber auch an Initiativen zu Weltraum, Quanten, Künstliche Intelligenz und Daten erforderlich.

**Anteil an IT-Fachkräften steigern**

Die digitale Transformation erfordert neue Skills und Kompetenzen. Begrüßt wird daher die Umsetzung der digitalen Kompetenzoffensive mit dem Ziel, digitale Skills in der Bevölkerung zu erhöhen und den Anteil an

IT-Fachkräften in Österreich zu steigern. Dies ist ein wichtiger Schritt, um dem Fachkräftemangel, der auch besonders im IT-Sektor bemerkbar ist, entgegenzuwirken. Damit der Digital Austria Act seine volle Wirkung entfalten kann, wird es entscheidend sein, eine ausreichende Budgetierung der festgelegten Vorhaben sicherzustellen. Nur durch eine angemessene Finanzierung kann die Umsetzung wichtiger Schwerpunkte und Maßnahmen für den Technologie- und Wirtschaftsstandort ermöglicht werden.



# ÖSTERREICH UNTE

*Die Abgabenlast ist in Österreich über Jahrzehnte hinweg stärker gestiegen als die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes. Die Folgen sind spürbar.*

Österreich ist ein Hochsteuerland. Der Vergleich macht sicher: Laut aktueller EU-Frühlingsprognose dürfte Österreich mit einer Abgabenquote von 43,2 Prozent des BIP 2023 wieder auf Platz vier von 27 landen. Nur in Frankreich, Belgien und Dänemark ist die Belastung der Abgaben noch höher. Beim Spitzensteuersatz liegt Österreich innerhalb der Eurozone sogar ganz vorn und nach Dänemark – von jedem verdienten Euro gehen mit einem Grenzsteuersatz von 55 Prozent 55 Cent an den Staat. Was bedeutet das? Einerseits, dass in Österreich viel Geld in das Sozialsystem fließt. Das hat andererseits jedoch auch eine Kehrseite und belastet den Produktionsstandort Österreich zunehmend.

Die Abschaffung der kalten Progression bringt perspektivisch eine Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer. Seit dem heurigen Jahr werden die Steuerstufen in Österreich der Inflation angepasst und das bringt laut Budgetbericht bereits in den Jahren 2023 und 2024 eine Entlastung von 5,4 Milliarden Euro. Davon unberührt bleiben jedoch die Sozialversicherungsbeiträge, die im Unterschied zur Lohnsteuer nicht progressiv gestaltet sind. „Trotz der Abschaffung der kalten Progression verharrt die Abgabenquote Österreichs im EU-Vergleich auf viel zu hohem Niveau. Hier sind dringend weitere Entlastungen notwendig, damit sich unsere exportorientierte Industrie im

internationalen Wettbewerb behaupten kann und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr im Börserl bleibt“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

## Sozialversicherungsbeiträge

Zahlen der OECD zeigen, dass die hohe Abgabenlast in Österreich vor allem auf kräftige Anstiege der Sozialversicherungsbeiträge in den vergangenen Jahrzehnten zurückzuführen ist. Die Beitragsquote zur Sozialversicherung ist von 1965 bis 2020 nach Berechnungen der IV um 7,2 Prozent des BIP gewachsen. Der Anstieg der Abgabenquote geht damit hauptsächlich auf die Sozialversicherungsbeiträge und nicht einmal zu einem Fünftel auf die Steigerung der Steuerquote zurück (Anstieg um 1,5 Prozent des BIP). Das bedeutet, dass die Kosten des Sozialsystems in Österreich rascher wachsen als die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes. Der lange Betrachtungszeitraum von 55 Jahren zeigt, dass es sich um ein strukturelles Problem handelt und die hohe Abgabenlast in Österreich Ergebnis eines langen Prozesses ist, der sich immer stärker auf die Wettbewerbsfähigkeit des Landes auswirkt.

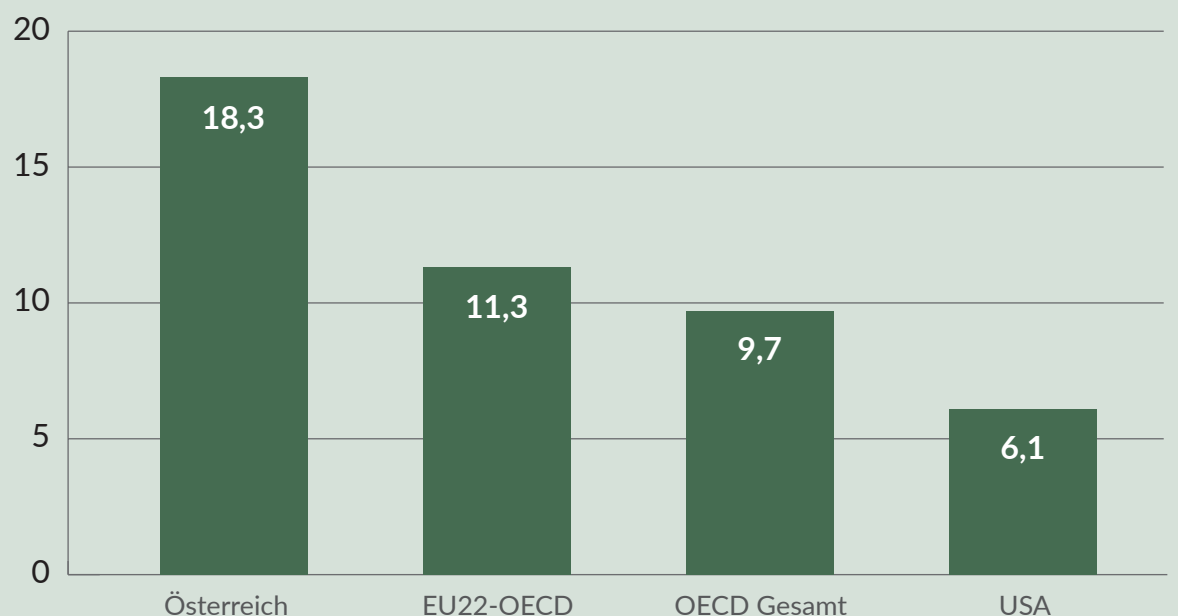
Steigen die Kosten für den Faktor Arbeit schneller als die wirtschaftliche Leistung, bringt das vor allem die exportorientierte Industrie im Wettbewerb mit anderen Ländern unter Druck. Im Jahr 2020 lagen die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen und

Lohnsummenabgaben in Österreich bei 18,3 Prozent des BIP und damit um 7,1 Prozentpunkte höher als der Durchschnitt der 22 EU-Länder in der OECD und um 12,2 Prozentpunkte höher als in den USA.

## Spürbare Folgen

Die Transferleistungen, mit denen Österreich das Sozialsystem finanziert, müssen zunächst erwirtschaftet werden. Fast die Hälfte der Arbeitskosten bestehen in Österreich aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam leisten. Dieser Abgabenkeil, also die Differenz zwischen dem Betrag, den Arbeitgeber als Arbeitskosten tragen und jenem Betrag, den Arbeitnehmer als Nettoeinkommen erhalten, wirkt einer Ausweitung des Arbeitsangebots entgegen. Ein Single mit Durchschnittsverdienst zahlte in Österreich zuletzt 47,8 Prozent seines Gehalts für Steuern und Sozialbeiträge an das Finanzamt. Dieser Abgabenkeil liegt im OECD-Schnitt mit 34,6 Prozent deutlich darunter und ist nur in Deutschland und Belgien höher. „Das verteuert den Faktor Arbeit und sorgt dafür, dass es sich immer weniger lohnt, mehr oder in manchen Fällen überhaupt zu arbeiten. Dadurch haben wir angebotsseitig ein Problem am Arbeitsmarkt, welches zu einer Verschärfung der Arbeits- und Fachkräfteknappheit bringt“, sagt IV-Chefökonom Christian Helmenstein. „Es muss sich auch finanziell auszahlen, mehr zu arbeiten“.

**SV-Beiträge und Lohnsummenabgaben in Österreich in % des BIP (2020)**  
im Vergleich zu den EU-Staaten der OECD, der OECD gesamt und den USA



# R ABGABENDRUCK



## DIE ABSCHAFFUNG DER „VERDECKTEN STEUERERHÖHUNG“

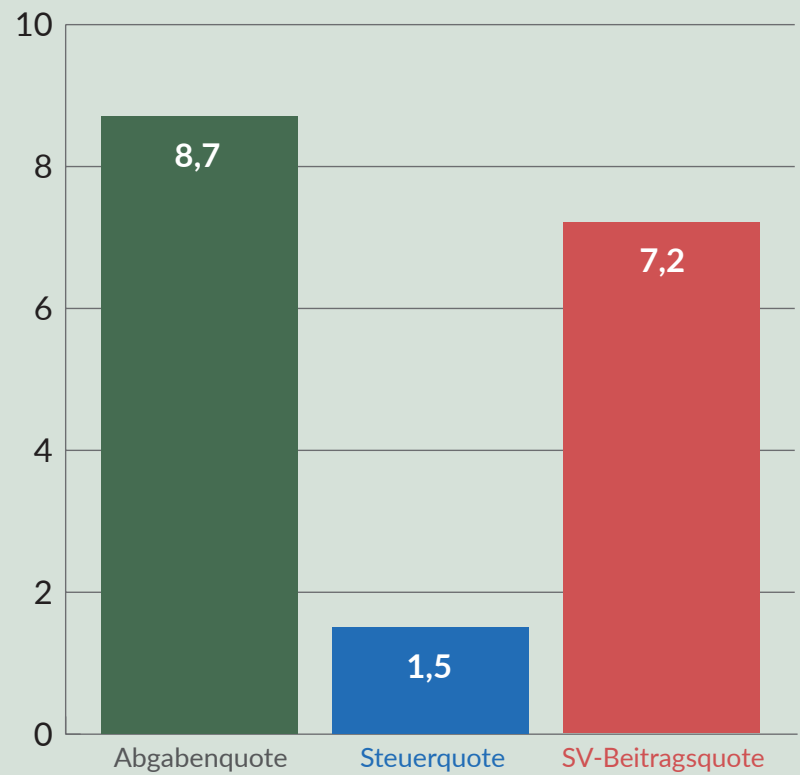
*Die Abschaffung der kalten Progression bringt eine weitreichende Entlastung und sorgt dafür, dass Lohnerhöhungen auch tatsächlich bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ankommen.*

Die Abschaffung der kalten Progression setzt ab 2023 einem leistungsfeindlichen Phänomen des österreichischen Steuersystems ein Ende. Dabei geht es um ein Zusammenspiel aus Inflation und dem „progressiv“ gestalteten Steuersystem, bei dem der Steuersatz höher ist, wenn man mehr verdient – dadurch kam es jährlich zu einer „verdeckten Steuererhöhung“. „Jedes Mal, wenn Unternehmen Lohnerhöhungen auszahlen, nascht der Staat bei gleichbleibenden Tarifstufen unverhältnismäßig mit“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. „Daher ist die Abschaffung der kalten Progression ein zentraler und wesentlicher Schritt zur Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“.

Durch die Abschaffung müssen die Tarifstufen bzw. teilweise auch die Absetzbeträge jährlich an die Inflation angepasst werden. Automatisch erfolgt diese Anpassung um zwei Drittel der Inflation bei wesentlichen Teilen der Einkommensbesteuerung – allen voran die Grenzbeträge für Tarifstufen und Absetzbeträgen.

Das verbleibende Drittel gibt dem Gesetzgeber Spielraum, um flexibel auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren. Die Absetzbeträge werden um die von IHS und Wifo berechnete Inflationsrate angepasst, die Grenzbeträge für die untersten beiden Tarifstufen um 6,3 Prozent erhöht. Dadurch sollen niedrige und mittlere Einkommen stärker entlastet werden. Insgesamt erwartet man sich dadurch eine Entlastung von über 20 Milliarden Euro bis zum Jahr 2026. „Das ist in unserem Interesse als Arbeitgeber, dass Lohnerhöhungen auch tatsächlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ankommen und nicht der Staat überproportional davon profitiert“, so Neumayer.

**Anstieg der Abgabenquoten zwischen 1965/2020 in % des BIP**



## IV-FORDERUNGEN ZUR ENTLASTUNG

1. Steuerfreistellung von 20 Überstunden – wer mehr leistet, soll auch belohnt werden
2. Leistungsbonus im Alter – länger arbeiten muss sich lohnen
3. Attraktivierung der Vollzeitarbeit – aus der Teilzeit in die Vollzeit
4. Einführung einer Ausbildungsprämie: Kostenersatz für Lehrlingsausbildung – Ausbilden soll sich auszahlen
5. Belohnung der Nachtarbeit – wer spät arbeitet, zahlt weniger Steuern
6. Senkung der Lohnnebenkosten auf deutsches Niveau
7. Senkung der Abgabenquote in Richtung 40 Prozent
8. Abschaffung diverser Bagatellsteuern, die im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand ein vergleichsweise geringes Steueraufkommen aufweisen
9. Weitere Senkung der Körperschaftssteuer auf 21 Prozent (europäisches Mittelfeld)
10. Wiedereinführung der Behaltefrist



# “Wertschöpfung im Weltraumbereich in Österreich sicherstellen”

Georg Kopetz ist Mitbegründer und CEO von TTech, einem in Wien gegründeten Hightech-Unternehmen, das im Weltraumsektor führend ist. Im Interview spricht er über das Potenzial der Raumfahrt für Österreichs Industrie.



TTTech-CEO Georg Kopetz

## Welche Bedeutung hat der Weltraum und welche Potenziale sehen Sie im Raumfahrtsektor?

Kopetz: Die Weltraumindustrie war immer schon ein Innovationsmotor – viele Hightech-Entwicklungen aus der Raumfahrt, wie

Photovoltaik oder Mikroelektronik, sind heute Alltag. Satelliten sind die Grundlage für Kommunikation, Klima- und Erdbeobachtung aber auch die Vernetzung für das hochautomatisierte und autonome Fahren sowie das Internet of Things (IoT). Der Markt wächst stark und soll laut Analysen bis 2040 ein Volumen von einer Billion Dollar erreichen. Vor allem privat finanzierte Start-Ups und Scale-Ups wie Blue Origin von Jeff Bezos oder SpaceX von Elon Musk, erhöhen die Marktchancen, beflügeln zugleich aber auch die Konkurrenz in Nordamerika und Asien.

## Als Hightech-Unternehmen in der Raumfahrt – welche technologischen und wirtschaftlichen Chancen sehen Sie für Österreichs Unternehmen?

TTTech als europäisches Technologieunternehmen mit Headquarter in Wien konnte sich mit führender Netzwerktechnologie für die bemannte Raumfahrt am globalen Markt etablieren und ist Teil

großer Weltraumprogramme wie NASA Orion, NASA Artemis und ESA Ariane 6 sowie Programmen in Japan. Im Weltraumsektor kann Österreich mit seiner Technologie und seinen gut ausgebildeten Arbeitskräften eine wichtige Rolle unter den globalen Innovations- und Technologieführern einnehmen. Der Sektor schafft nachhaltig und kontinuierlich Arbeitsplätze, auch entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

## Wie sehen Sie Europa im hochkompetitiven Weltraumsektor aufgestellt und welche Rolle spielt die European Space Agency (ESA) aus Ihrer Sicht?

Europa muss die Entwicklung neuer Technologien für den Weltraumsektor fördern und priorisieren, um nicht hinter große Player wie in Asien oder den USA zurückzufallen. Die EU und ESA ziehen bei der Kommerzialisierung des Sektors an einem Strang und sind Treiber dieser Kommerzialisierung, die zusätzliche Wertschöpfung in Europa schaffen

soll. Die ESA nimmt eine tragende Rolle ein, muss aber ausreichend über Beiträge der einzelnen Länder finanziert werden. Nur das, was eingezahlt wird, kann auch über ESA-Projektumsätze zurückfließen und für österreichische Unternehmen ein Vielfaches an Exportumsätzen generieren.

## Österreich hat eine Weltraumstrategie 2030+ Mensch, Klima, Wirtschaft. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie in Österreich kurzfristig, welchen mittel- bis langfristig?

Die Weltraumstrategie 2030+ ist ein wichtiger Schritt. Die Industrie war in die Erstellung eng eingebunden und die ersten Maßnahmen wurden auch bereits mit der Erhöhung des ESA-Budgets seitens der Bundesregierung gesetzt. Jetzt gilt es, die gute strategische Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand wie dem BMK oder der sehr stark engagierten FFG noch weiter zu stärken, um die Wertschöpfung im Weltraumbereich auch langfristig in Österreich sicherzustellen.

## Zwei Meilensteine für die energieintensive Industrie

Mit der Weichenstellung für die Strompreiskompensation und dem Start der Transformationsoffensive werden zwei wichtige Forderungen der heimischen Industrie umgesetzt.

### Einstieg in die Strompreiskompensation

Das Modell der Strompreiskompensation gibt EU-Staaten bereits seit 2013 die Möglichkeit, sehr stromintensiven Unternehmen einen Teil der politisch verursachten, indirekten CO<sub>2</sub>-Kosten zu erstatten, um faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. 15 EU-Länder machen davon bereits Gebrauch und haben das Instrument größtenteils bis 2030 notifizieren lassen – Österreich zählte bisher nicht dazu. Umso positiver bewertet die IV, dass mit der Strompreiskompensation für 2022 der Einstieg in dieses Instrument nun auch in Österreich umgesetzt werden konnte.

„Österreich schließt endlich auf und behebt so einen eklatanten Wettbewerbsnachteil für die heimischen Unternehmen gegenüber der Konkurrenz in und außerhalb Europas zunächst zumindest für ein Jahr“, so IV-Präsident Georg Knill. Unerlässlich sei nun die Notifizierung über 2022 hinaus bis 2030, um den Unternehmen eine Planungssicherheit

zu geben. Ausständig sind zudem noch die Rahmenbedingungen für den bereits angekündigten Energiekostenzuschuss II.

### Förderschienen für Transformation

Gleichzeitig freut sich die Industrie über den Start des ersten Calls der Transformationsoffensive. Das Volumen von rund drei Milliarden Euro sowie die langfristige Planungssicherheit bis 2030 und darüber hinaus sind gute Grundlagen für eine wirkungsvolle neue Förderschienen. Knill: „Gerade jene Unternehmen, die bereits heute enorme Anstrengungen unternehmen, um künftig noch klimaverträglicher zu produzieren und die gleichzeitig in einem zu ihren Lasten verzerrten, internationalen Wettbewerb stehen, werden mit diesem Instrument unterstützt“. Das Instrument solle konsequent weiterentwickelt werden mit dem Ziel, alle zukunftsweisenden Transformationsprojekte in allen relevanten Industrien abzuholen, um das Beste für den Klimaschutz und den Standort zu erreichen.

## Anbindung des Hafens Koper auf der Schiene im Fokus

Der slowenische Hafen Koper gewinnt immer mehr an Bedeutung. Damit steigen auch die Ansprüche an die Schieneninfrastruktur im In- und Ausland.

Der slowenische Hafen Koper ist für die österreichische Wirtschaft der mit Abstand wichtigste europäische Hafen. Die Nähe zum Suezkanal und zu Zentraleuropa machen Koper zunehmend auch für Bayern, Tschechien und die Slowakei attraktiv – der Einzugsbereich weitet sich in Richtung Norden aus. Koper hat bereits massiv in Seeumschlagskapazitäten, Logistikkompetenz und Straßenanbindung investiert. Das erhöht den Druck, in der Schieneninfrastruktur im In- und Ausland nachzuziehen und rückt damit auch die Eisenbahnrouden im Osten Österreichs in den Fokus.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut Economica hat im Auftrag von IV und Zentralverband Spedition & Logistik die Bedeutung einer leistungsfähigen Schieneninfrastruktur für den Güterverkehr zwischen dem Hafen Koper und Österreich untersucht. Der Modal Split zugunsten der Straße bleibt laut Studie ausgeprägt, weil es dort seltener zu Kapazitätsengpässen kommt und das hohe Strompreinsniveau

dem Schienentransport zusetzt. Insbesondere für ein Binnenland wie Österreich sei die Hinterlandanbindung von Häfen auf der Schiene von Bedeutung. Neben einigen Maßnahmen in Slowenien, sind in Österreich für die Anbindung vor allem die für 2030 geplante Fertigstellung des Semmeringbasistunnels und der in der Vorplanungsphase befindliche, zweigleisige Ausbau der Strecke Spielfeld-Straß – Werndorf inklusive Umbau des Bahnhofs Spielfeld-Straß entscheidend. Die ÖBB setzen sich darüber hinaus international stark für den Abbau von Hürden im Betrieb des grenzüberschreitenden Schienengüterverkehrs ein.



## IV-Diversitätspreis: Österreichs Industrie ist divers

Diversität ist Wettbewerbsfaktor und wichtiger gesellschaftlicher Beitrag. Die IV zeichnet engagierte Unternehmen mit einem neuen Preis aus.

Diversität ist nicht mehr nur ein Zukunftsthema, sondern ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Viele Unternehmen setzen in Österreich bereits auf Diversität und arbeiten mit konkreten Maßnahmen daran, die klügsten Köp-

fe mit unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen zu gewinnen. Damit sich das Potenzial von diversen Teams optimal entfalten kann, ist eine entsprechende Unternehmenskultur unerlässlich. Industrieunternehmen, die eine solche

Kultur schaffen, stärken nicht nur den Wirtschaftsstandort Österreich, sondern leisten darüber hinaus auch einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Dieses Engagement soll mit dem neu geschaffenen IV-Diversitätspreis in den Kategorien,

Geschlecht, Alter, Herkunft / ethnische Zugehörigkeit sowie Inklusion / Menschen mit Beeinträchtigung ausgezeichnet werden. Einreichungen werden in Kürze entgegengenommen, die Verleihung wird Ende des Jahres in feierlichem Rahmen stattfinden.



# Junge Industrie: Neues Kinderbuch bricht mit alten Rollenbildern

MINTality Stiftung, Junge Industrie, Technisches Museum Wien und Projekt Bakabu bündeln Kräfte, um mehr Kinder – vor allem Mädchen – für Technik zu begeistern.

**A**m 22. Mai 2023 wurde das neue Kinderbuch „Bakabu – Abenteuer in MINTmäusen“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Autor Ferdinand Auhser erweckte in der Vorlesestunde Minty Maus und die anderen Charaktere zum Leben und begeisterte damit nicht nur die Kinder. Die Kinderbuchreihe Bakabu unterstützt schon seit langem die frühsprachliche Förderung von Kindern, während sich das Technische Museum Wien, die JI und die MINTality Stiftung ebenfalls stark dafür einsetzen, unseren Kleinsten den Umgang mit Technik näher zu bringen. Herausgekommen ist ein mitreißendes Kinderbuch als Werkzeugkasten für MINT-Erlebnisse (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik).

## Kinderbuch als Werkzeugkasten für MINT-Erlebnisse

Unter der Federführung von Autor Ferdinand Auhser und Ohrwurmschreiber Manfred Schweng sind elf Kinderlieder und zehn Experimente entstanden, die verpackt in eine Geschichte als Buchform allen Kindergärten in den nächsten Wochen österreichweit kostenfrei zur Verfügung stehen werden. Das Buch richtet sich an Kinder im Kindergartenalter sowie an deren wichtigste Bezugspersonen: Eltern, Familienmitglieder sowie Pädagogen. Letzteren soll es es als Werkzeug und Inspiration für die Arbeit in der Gruppe dienen. Die Lieder und Experimente sind in das Buch integriert und somit einfach verfügbar. „Mit „Abenteuer in MINTmäusen“ wollen wir einen möglichst niederschweligen und

freudvollen Einstieg in die Welt von MINT anbieten. Und mit Minty Maus haben wir ein Mädchen als freche junge Hauptfigur in der Erzählung, die sich bereits hervorragend mit MINT auskennt und in Mimi Lou eine gleichgesinnte Freundin findet. Damit schaffen wir in der Erzählung zusätzliches Identifikationspotenzial für Mädchen.“, erklärt Ferdinand Auhser, Autor der Bakabu-Reihe.

## Elementarpädagogik: wichtiger Hebel in der Bildungslandschaft

„Unsere Kinder sind die Zukunft Österreichs. Umso wichtiger ist es, ihnen die bestmögliche Bildung zu bieten. Gerade in jungen Jahren sind Kinder unglaublich wissbegierig. Die MINT-Welt bietet ihnen die Möglichkeit, ihren natürlichen Forscherdrang auszuleben und zeigt auf, dass sie alles erreichen können – auch Raketen bauen“, so Julia Aichhorn, JI-Bundvorsitzende der Jungen Industrie. „Mit „Bakabu – Abenteuer in MINTmäusen“ werden diese Chancen für unsere Kleinsten in eine großartige Geschichte verpackt und spielerisch vermittelt.“

## MINT und Mädchen

Das Buch folgt dem Trend, mit alten Rollenbildern zu brechen, die sich insbesondere im MINT-Bereich zum Nachteil von Mädchen und jungen Frauen hartnäckig halten. Eine aktuelle Studie im Auftrag der MINTality Stiftung, entwickelt und durchgeführt von der FH Hagenberg in Oberösterreich, zeigt, dass Mädchen bereits in frühen Jahren erste entmutigende Berührungspunkte mit MINT-Themen haben. „Die Wissenschaft bestätigt: Mädchen und Burschen sind technisch gleich begabt. Dennoch werden Stereotype weitergetragen, die Mädchen den Mut verlieren lassen, sich mit diesem Bereich zu beschäftigen. Dieser Zustand ist schlicht untragbar und schadet jungen Frauen genau wie unserer gesamten Gesellschaft“, erklärt Therese Niss, Vorständin der MINTality Stiftung.

## Das Technische Museum Wien (TMW) als Pionier der MINT-Vermittlung

Eine der Kernkompetenzen des TMWs ist es, naturwissenschaftliche und technische Phänomene spielerisch begreifbar zu machen. „Für das Weiterbildungsprogramm „Technik kinderleicht!“ und die gleichnamige Publikation wurden zahlreiche interaktive und niederschwellige Experimente zusammengestellt, die Pädagog:innen dabei unterstützen, kindliche Neugier und Entdeckungsdrang zu fördern. Das Museum freut sich sehr, dass einige dieser Experimente nun auch im Buch „Bakabu – Abenteuer in MINTmäusen“ in Kindergärten in ganz Österreich zur Verfügung stehen und so viele weitere Kinder für MINT-Themen begeistern können“, ergänzt Peter Aufreiter, TMW-Generaldirektor des Technischen Museums Wien.



## MINT in der Elementarpädagogik

*Es ist Zeit, den einfachsten Hebel in der Bildungslandschaft zu nutzen.*

Beim Ziel sind wir uns alle einig. Wir brauchen mehr gut ausgebildete Menschen in Österreich und müssen die Frauenquote in technischen Jobs (massiv) erhöhen. Dabei denken die meisten vielleicht im ersten Moment an eine Schulreform, Ausbau von berufsbildenden Schulen oder neu geschaffenen Studiengänge. Das sind natürlich wichtige Ansätze. Den Grundstein für eine erfolgreiche technische Karriere legen wir allerdings schon bei unseren Kleinsten: „In der Elementarpädagogik. Und da brauchen wir einen massiven Ausbau.“

Die Grundlage für ein erfolgreiches Leben wird in den ersten Jahren gelegt. Kinder sind von Natur aus neugierig, dies umfasst selbstverständlich auch Naturwissenschaften und Technik. Diesen angeborenen Forschungsdrang der Kinder, und insbesondere jenen der Mädchen, gilt es, von klein auf zu fördern, genauso wie ihre digitalen Grundkompetenzen. Darum müssen MINT-Inhalte ausdrücklich im Bildungsrahmenplan und in den anwendbaren Bildungsplänen der Länder verankert und auch mehr Stunden für MINT-Ausbildung in den BAFEP-Lehrplänen vorgesehen werden.

Die Junge Industrie geht bei diesem Thema mit gutem Beispiel voran und hat gemeinsam mit dem Technischen Museum Wien das Ausbildungsprogramm „Technik kinderleicht“ für Pädagog:innen ins Leben gerufen, das genau auf die Stärkung dieser Kompetenzen abzielt.

Mit unserem neuesten Projekt „Bakabu – Abenteuer in MINTmäusen“ haben wir die Inhalte von „Technik kinderleicht“ nun in eine fesselnde Geschichte verpackt und als Kinderlieder vertont. So geht Kinderbildung!

Julia Aichhorn, Bundvorsitzende der Jungen Industrie



Buchautor Ferdinand Auhser bei der Lesung aus „Bakabu – Abenteuer in MINTmäusen“



Bundvorsitzende Julia Aichhorn mit den Projektpartnern bei der Präsentation des neuen Kinderbuches

## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at  
 Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Sophie Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: VVA – Vorarlberger Verlagsanstalt, 6850 Dornbirn. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland, IV-Kärnten/CIC, IV-NÖ/TSA, IV-OÖ, IV-Salzburg/Schwaighofer, IV-Steiermark/Land Steiermark, IV-Tirol/istock, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Julia Geiter

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



# Wiener Zukunftsschulen: Lehrerinnenseminar bei Wien Energie

Neben der Besichtigung der Müllverbrennungsanlage Spittelau erwartete die Lehrerinnen und Lehrer ein Vortrag von IV-Chefökonom Dr. Christian Helmenstein.



Die Müllverbrennungsanlage Spittelau

Auf Einladung der IV-Wien und in Kooperation mit der Bildungsdirektion Wien fand Mitte Mai 2023 nach längerer, coronabedingter Pause erneut ein Fortbildungsseminar im Rahmen des Bildungsprojekts „Wiener Zukunftsschulen“ statt. Zielgruppe der Veranstaltungsreihe sind Pädagogen aus zehn Partnerschulen der IV-Wien. Der Nachmittag begann mit einer Besichtigung der von Friedensreich Hundertwasser künstlerisch gestalteten Müllverbrennungsanlage Spittelau.

Der Bau der Anlage sollte in seinem ursprünglichen Konzept hauptsächlich der Wärmeversorgung des ebenfalls in Bau befindlichen Wiener Allgemeinen Krankenhauses (AKH) dienen. Da die Müllverbrennungsanlage allerdings schneller als das Spital fertiggestellt wurde, begann man damit, Häuser aus dem Umland des AKHs an das Wärmenetz des Kraftwerks anzuschließen. Das war die Geburtsstunde des Wiener Fernwärmenetzes, was nach wie vor Herz der Energieinfrastruktur der Stadt Wien ist. Dies und noch viel mehr erfuhren die Teilnehmer der Fortbildungsveranstaltung bevor Christian Helmenstein mit einem spannenden Impulsvortrag aufhorchen ließ, der durchaus auch nachdenklich stimmte. Denn Helmenstein wies dabei unter anderem auf demografische

Entwicklungen in Österreich, Deutschland, China und den USA hin – ein aufgrund des Fachkräftemangels auch für Lehrer hochrelevantes Thema. Die Aussicht sei getrübt. Die erwerbstätige Bevölkerung werde in den kommenden Jahren sinken. Die Konsequenzen würden uns in vielen Bereichen vor große Herausforderungen stellen.

## WIENER ZUKUNFTSSCHULEN

Die „Wiener Zukunftsschulen“ sind ein Projekt der IV-Wien und der Bildungsdirektion Wien, das zum Ziel hat, Schule (insbesondere deren Lehrpersonal und Schüler) und Wirtschaft näher zusammenzubringen. Durch konkrete Aktivitäten soll volkswirtschaftliches und unternehmerisches Denken im Unterricht stärker vermittelt sowie ein besonderer Fokus auf Grundfertigkeiten wie Lesen und Sprachkenntnisse sowie auch soziale Kompetenzen gelegt werden. Eine zentrale Rolle spielen MINT-Inhalte. Ziel ist dabei insgesamt die Förderung jener Kompetenzen, die Schüler noch besser auf eine erfolgreiche Zukunft vorbereiten.

# Wien 2030: Betriebsbesichtigung am TECLab

Die Arbeitsgruppe „Smarte Produktion“ traf sich Anfang Mai 2023 am Institut für Fertigungstechnik der Technischen Universität Wien.

Johannes Hörhan, Geschäftsführer der IV-Wien, eröffnete die Arbeitsgruppensitzung am Institut für Fertigungstechnik im dritten Wiener Gemeindebezirk: „Es freut uns sehr, dass wir heute als Arbeitsgruppe „Smarte Produktion“ das TEC-Lab der Technischen Universität Wien besichtigen dürfen. Denn der Technologiestandort Wien lebt vom Zusammenspiel von Innovationsstätten wie dieser und der Produktion in der Stadt.“

Bevor die Teilnehmer der Arbeitsgruppe den Standort bestaunen konnten, gab Gastgeber und Institutsvorstand Prof. Friedrich Bleicher im Rahmen eines Impulsvortrags einen Einblick in die neuesten Entwicklungen der Fertigungstechnik. Moderne Verfahren seien Treiber der grünen und digitalen Transformation für Österreichs Wirtschaft und zentral für eine wettbewerbsfähige Industrie der Zukunft.

Nach einer kurzen Diskussion folgte der Rundgang durch das Labor. Dabei konnten die

Gäste die moderne Forschungsinfrastruktur und aktuelle innovative Projekte in den Be-

reichen additive Fertigung, Automatisierung und Prozessoptimierung hautnah zu erleben.



Die Arbeitsgruppe zur Smarten Produktion im TEC-Labor der TU-Wien

## INFORMATION

„Smarte Produktion“ ist ein Spitzenthema der „Wien 2030: Wirtschaft und Innovationsstrategie“. In regelmäßigen Abständen lädt die IV-Wien daher Stakeholder und Experten aus verschiedenen Wiener Institutionen zu Arbeitsgruppensitzungen ein, um über relevante Standortthemen im Zusammenhang mit der städtischen Produktion zu diskutieren. IV-Wien Geschäftsführer Johannes Hörhan leitet die Sitzungen als Themenverantwortlicher. Mit über 300.000 direkten und indirekten Beschäftigten machen die produzierenden Betriebe ein Drittel der städtischen Wertschöpfung aus und sind einer der wichtigsten Treiber von Innovation, Wohlstand und Standortqualität.

# Nationale Heinzelmännchen...

Die Welt ist im Umbruch. Europa muss sich daher umso aktiver um seine eigene Positionierung kümmern. Sonst droht der globale Abstieg.



Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs scheint es Europas Schicksal zu sein, sich zwischen zwei mächtigeren Blöcken bewegen und behaupten zu müssen. Während aber früher das politische Feindbild, die Sowjetunion, ökonomisch kaum Gewicht hatte, sehen wir jetzt einer bipolaren Welt mit zwei Supermächten entgegen. In der Zukunft – bei aller Sympathie und systemischen Gemeinsamkeiten – werden wir uns auch um mehr Unabhängigkeit und Eigenständigkeit von den USA bemühen müssen, deren Interessen und Fokus sich auch gerade mehr und mehr China zuwenden. Gerade auch hier werden wir ein Auge darauf haben müssen, in keine allzu großen Abhängigkeiten zu geraten und unsere Interessen durchzusetzen.

Dazu bedarf es zuallererst eines nüchternen Blicks auf die Ausgangslage. Diese ist keineswegs einfach. In beiden Fällen – also sowohl beim Blick nach Westen als auch nach Osten, ist die öffentliche Debatte in Europa aber häufig von oberflächlichen Halbwahrheiten geprägt. Das Schimpfen über China oder die USA erfreuen sich beide großer Beliebtheit. Besonders ausgeprägt ist diese im Falle Chinas. Noch immer sprechen viele vom Reich der Mitte als der „verlängerten Werkbank“ des Westens. Wer das noch für aktuell hält, ignoriert, mit welcher Dynamik sich China in den vergangenen Jahren weiterentwickelt hat und mit welcher Geschwindigkeit es dies auch weiter tut.

Noch vor wenigen Jahren schien es, als würden europäische Automobilhersteller für lange Zeit am chinesischen Markt Erfolge feiern können. Bei einzelnen Luxusmarken ist das vielleicht noch der Fall, betrachtet man aber den größten Zukunftsmarkt, die Elektromobilität, dann sieht es bereits jetzt eher dunkel aus: So verkauften deutsche Hersteller 2022 4,4 Millionen Autos in China – immerhin ein Marktanteil von knapp über 19 Prozent. Im am schnellsten wachsenden Segment, dem Geschäft mit Elektroantrieben, lag der Marktanteil aber nur bei fünf Prozent. Unter den zehn meistverkauften Elektroautos in China findet sich kein Modell aus Europa. Der einzige ausländische Anbieter in dieser Liste ist Tesla.

Die chinesische Dominanz in diesem Bereich ist bereits in Europa zu spüren: 2021 wurden laut PwC lediglich 35.000 Elektroautos aus China nach Europa exportiert. 2022 waren es bereits 66.000. Die Schätzung für 2026 liegt bei 800.000 Autos. Einer der Hauptgründe: Die Technologieführerschaft und die Fokussierung auf kundengerechte und leistbare Elektroautos spielen marktseitig die Hauptrolle. Da ist entscheidend, dass die Produktionskosten in China nicht mit jenen bei uns oder den USA zu vergleichen sind. Laut einer Untersuchung des Analysten JATO Dynamics stieg der durchschnittliche Preis eines europäischen Elektroautos von 2015 bis 2022 um rund 7.000 Euro auf knapp unter 56.000 Euro. In den USA stiegen die Kosten um rund 10.000 auf über 63.000 Euro. Im gleichen Zeitraum sanken die Preise in China von fast 67.000 auf 31.000 Euro ohne dass bei Qualität und Design dieser Fahrzeuge darunter litten.

Das war nur ein plakatives Beispiel aus der Wirtschaft. Betrachtet man das Gesamtbild, sieht es nicht anders aus. China investiert in verschiedenste strategische Bereiche: Ob Bahn- oder Straßennetz, Energieinfrastruktur oder auch Grundlagenforschung. Jedes potenzielle Zukunftsfeld wird abgedeckt. Man muss neidlos anerkennen, dass China hier Großartiges geschafft hat. Längst ist China also nicht mehr nur „Werkbank“, oder Herkunftsort billiger „Kopien“ europäischer Produkte. China ist ein ökonomisches

Schwergewicht – das sollte man akzeptieren und respektieren, auch wenn China systemisch ganz anders gepolt ist als wir.

Allerdings glauben wir Europäer oftmals, wir könnten mit erhobenem Zeigefinger China sowie einigen anderen Staaten und Regionen erklären, was man tun darf und wie man sich bitte in der Welt zu verhalten habe. Als wäre notgedrungen unser europäischer Weg der einzig mögliche und richtige. Selbst wenn das so wäre: Ist es nicht vollkommen verständlich, dass keiner in China dauernd von einem Kontinent belehrt werden will, der noch dazu womöglich am absteigenden Ast sitzt?! Vor allem da man sich in China, keineswegs zu Unrecht, in einer lange zurückreichenden Tradition (nunmehr wieder) als Kultur- und Weltmacht sieht.

China plant strategisch, langfristig und agiert interessensgeleitet. Das hat China mit den USA gemein. Eben diesen Fokus auf die eigenen Interessen werfen manche Europäer auch den USA vor. Was soll denn daran unanständig sein? Es ist nur natürlich, die eigenen Interessen zu verfolgen. Im Unterschied dazu ist es geradezu unverständlich, dass wir in Europa noch immer nicht fähig sind, eine pragmatische, interessensgeleitete, strategisch durchdachte, gemeinsame Außen- und Wirtschaftspolitik zu finden.

Dadurch sind wir derzeit nicht oder nur mehr bedingt konkurrenzfähig am internationalen Parkett. Das sollte uns vor allem mit Blick auf die Zukunft zu denken geben. Weitere Gemeinsamkeiten der USA und China sind zum Beispiel eine aktive Willkommenskultur für Unternehmen. Außerdem gilt Leistung als wichtige Tugend und Neiddebatten sind weitgehend unbekannt. Und während beide Länder jede Innovation, von KI über Gentechnik bis hin zum Thema Atomenergie, für sich zu nutzen wissen – dort sind technologische Denkverbote nicht erwünscht –, diskutieren wir zuerst echte oder vermeintliche Gefahren neuer Technologien, den Datenschutz, mögliche Regulierungen, Gentechnik-Verbote etc.

Also noch ein Nachteil für Europa. Diese Unterschiede kommen uns jetzt schon und

natürlich vor allem langfristig sehr teuer zu stehen. Und damit nicht genug: Wir haben aktuell sicherlich ein paar Rucksäcke mehr zu tragen als unsere Partner und gleichzeitigen Rivalen in den USA und Asien. Der Krieg in der Ukraine mit all seinen Folgen und die Energiekrise sind eine Zusatzbelastung, die uns das Leben noch länger schwerer machen wird als den USA und China. Gleichzeitig muss dieser Krieg ein endgültiger Weckruf für Europa sein: Wenn wir nicht vereint auftreten, sind wir chancenlos.

Wir müssen unsere Abhängigkeiten reduzieren, eigenständiger werden und endlich strategischer agieren. Egal ob im Bereich der Wirtschaft („fehlende Industriestrategie“) oder der Außenpolitik („Diplomatie auf Augenhöhe statt Ermahnung mit dem erhobenen Finger“): Wir müssen die neuen Realitäten unserer Welt akzeptieren und rasch die richtigen Schlüsse ziehen! Nur dann können wir auch tatsächlich beiden Blöcken der modernen Weltordnung mit dem notwendigen Selbstbewusstsein, aber natürlich im Systemischen nie äquidistant (!), gegenüber treten. Und eben dann können wir auch unser ökonomisches Gewicht zur Geltung bringen und auf faire Spielregeln, die für alle gleichermaßen gelten, Stichwort Reziprozität, drängen.

In unzähligen Sonntagsreden haben wir immer wieder gehört, wie wichtig es sei, dass Europa mit einer Stimme spräche. Diesem Lippenbekenntnis steht die traurige Realität gegenüber, dass wir nämlich als kleine, nationale Heinzelmännchen agieren.

Ihr

Christian C. Pochtl,  
Präsident der IV-Wien

## DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit –  
via E-Mail an [debatte@iv.at](mailto:debatte@iv.at)

## JI-Wien besichtigt Donaukraftwerk Freudenau

Ende Mai waren Mitglieder der JI-Wien und JI-NÖ/Bgld beim größten Wasserkraftwerk der Verbund AG zu Gast.

Mehr als 130 Wasserkraftwerke betreibt die Verbund AG in ganz Österreich und Bayern. Damit wird Strom zu mehr als 97 Prozent aus erneuerbaren Energien erzeugt, was im heimischen Energiemix rund 60 Prozent der Gesamtstromerzeugung ausmacht. Österreichs Wasserkraft ist somit das Rückgrat der Energieversorgung und Dreh- und Angelpunkt für die Klimawende.

Das Kraftwerk Freudenau ging 1998 in den Vollbetrieb, versorgt über 240.000 Haushalte mit Energie und ist das größte Stadtkraftwerk

Europas. Bei einem informativen Rundgang konnten die JI-Mitglieder die sechs Kaplan-Rohrturbinen bestaunen, die mit 7,5 Metern Laufdurchmesser zu den größten Turbinen Europas gehören. Ebenso eindrucksvoll waren die Schleusen- und Wehranlagen, die einerseits eine geregelte Schifffahrt ermöglichen und andererseits im Falle von Hochwasser essenziell sind, um einen Wasserrückstau zu verhindern. Von zentraler Bedeutung für das Ökosystem der Donauregionen sind zudem die im Kraftwerk von Anfang an integrierten Fischwanderhilfen.



Erklärung der Kaplan-Rohrturbine



Die JI-Mitglieder bei der Kraftwerksbesichtigung



Wissenschaft, Politik und Unternehmertum in einem Bild: Dr. Superti-Furga und BM Gewessler mit Präsident Pochtler.

# „Ideologie hat uns blind gemacht“

Im Rahmen der Vorstandssitzung der IV-Wien am 22. Mai 2023 stießen mit der Welt der Wissenschaft und jener der Politik zwei sehr unterschiedliche Sphären aufeinander.

In seiner Einleitung zur Sitzung betonte Christian C. Pochtler, Präsident der IV-Wien, die deutlichen Unterschiede zwischen Europa und Asien sowie den USA, wie er kürzlich auf einer Reise zu einigen seiner Unternehmens-Standorte feststellen musste. „Während andere Länder und Regionen, wie beispielsweise die USA, Innovation breit fördern und sowohl Forschung als auch Unternehmen möglichst viel Spielraum lassen, um Neues auszuprobieren, wird in Europa schnell der Ruf nach Datenschutz oder dem Schutz der Bürger laut. Das sei mit Blick auf die Zukunft gefährlich, denn „es scheint derzeit leider unvorstellbar, dass wir Europäer noch flexibel und agil genug auf neue Entwicklungen reagieren können – geschweige denn, dass wir selbst diejenigen sein könnten, die die disruptiven Technologien von morgen entwickeln.“

Es sei anmaßend von der europäischen Politik zu glauben, man könne wissen, wie die Welt in zehn oder zwanzig Jahren aussehen werde. Genau das versuche man in der EU aber über Verbote von vornherein festzulegen. „Technologieoffenheit muss die Devise sein! Die Politik sollte sich um die besten Rahmenbedingungen kümmern, aber eben nicht um jedes kleinste Detail – aktuell wird das aber scheinbar von vielen in der Politik ganz anders gesehen.“ Politik hätte die Aufgabe, die Bevölkerung von Reformmaßnahmen zu überzeugen, stattdessen werde „gezündelt, mit billigem Populismus Stimmung gemacht und die Angst vor neuen Technologien und notwendigen Veränderungen in Österreich weiter angeheizt“, so Pochtler deutlich. Gerade deswegen habe man zur Sitzung zwei Gäste mit einem sehr unterschiedlichen Background eingeladen: Dr. Giulio Superti-Furga, wissenschaftlicher Direktor des Forschungszentrums für Molekulare Medizin (CeMM) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) sowie Leonore Gewessler, Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

## „Kinder zu mehr Experimentierfreudigkeit erziehen“

Superti-Furga stimmte in seinem Impulsvortrag den Ausführungen von Präsident Pochtler vollkommen zu. Österreich sei beim Vertrauen der Bevölkerung in die Wissenschaft das Schlusslicht Europas. Diese Wissenschaftsfeindlichkeit könne man sich aber nicht mehr leisten: „Chemie ist bereits als Wort pfui, Gene, Atom – wir sind aufgrund von Ideologie so blind geworden wie die Taliban.“ Seit Jahrtausenden würde der Mensch zum Beispiel die Gene von Pflanzen oder Haustieren durch Züchtigen verändern: „Nichts was sie im Supermarkt kaufen können, ist mehr 'natürlich!' Ändere ich aber gezielt ein Gen im Labor, ist das strafbar. Das ist absurd“, so Superti-Furga. Er habe selber in der Vergangenheit versucht, in Österreich ein Genom-Projekt zu initiieren, sei aber bei der Politik auf taube Ohren gestoßen, allein das Wort „Gen“ sei Abschreckung genug gewesen. Aber nicht nur in der Wissenschaft habe man hierzulande eine Schiefelage, wie er weiter ausführte: „Es ist bei uns noch immer eine Sünde, wenn man als Professor reich werden will“, so Superti-Furga, der selbst mehrere erfolgreiche Startups gegründet hat. Hier herrsche in Österreich manchmal

noch der Geist Metternichs: Alles regulieren, nichts riskieren. Dabei müsse man eigentlich das Gegenteil befördern: „Wie müssen unsere Kinder risikofreudiger erziehen, ihnen mehr Experimentierfreudigkeit beibringen und ihnen die Angst nehmen“, so Superti-Furga. Je früher man bei Kindern die Freude, Neues zu entdecken, fördere, umso besser.

## „Jahrelanger Rückstau an Reformen“

In seiner Begrüßung konfrontierte IV-Präsident Pochtler Bundesministerin Gewessler mit seinem Eindruck, dass „Ideologie und das Verwalten von Themen über Regulierungen und Verbote in der Politik oft den größeren Stellenwert zu haben scheinen als das pragmatische Erarbeiten von umsetzbaren, weil realistischen Zielen.“ Er hoffe, dass man sich in der Standortpolitik auf ein wesentliches Prinzip einigen könne: „Weniger Ideologie und viel mehr Pragmatismus“, so Pochtler, der dabei an ein Zitat des chinesischen Reformers Deng Xiaoping erinnerte: „Es ist egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist, solange sie Mäuse fängt.“ Dieser strategische Pragmatismus habe China immerhin zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt gemacht. In ihren Ausführungen betonte Gewessler die Schwierigkeiten, die im Ener-

giebereich aus einem „jahrelangen Rückstau an Reformen“ sowie der aktuellen Krise herühren. Erste Schritte seien nun gemacht und in der akuten Phase der Krise sei es auch gelungen, die Energieversorgungssicherheit immer aufrechtzuerhalten. Es gelte aber nun, fossile Energieträger so weit wie möglich loszuwerden, wobei „es klar ist, dass man für manches, etwa bestimmte Anwendungen in der Industrie, auch weiter Gas brauche“, so die Ministerin. Wichtig sei es, in der nun notwendigen Transformation der Industrie auch Chancen zu sehen, so Gewessler, die als Beispiel auf die USA verwies: „Green Technology wird dort ganz klar als entscheidender Zukunftsfaktor gesehen“. Auch das Ziel Österreichs müsse es sein, „ein starker Industriestandort zu bleiben“. Auf die Frage wie ein ganzheitlicher Plan für den Umbau des Energiesystems aussehen müsste, führte Gewessler aus, dass man in der ersten Phase Schritt für Schritt gemacht habe, was möglich und notwendig war – wie etwa die Umsetzung der Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen oder des Transformationsfonds. Es werde aber bereits an einer ganzheitlichen Strategie gearbeitet, die bisher erfolgte Maßnahmen in ein Gesamtkonzept einbetten würde.



Giulio Superti-Furga rief in sehr deutlichen Worten dazu auf, dringend mehr gegen die Wissenschaftsfeindlichkeit in Österreich zu unternehmen.



BM Leonore Gewessler stellte sich den durchaus kritischen Fragen der IV-Wien-Mitglieder.